Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen:
Bocholt, Neutschuhstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 2054.
Rhede: J. Heinrichs.
Anholt: W. Wolking.
Werth: Th. Perrey.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 264 | Montag, den 23. September 1929 | Jahrgang 1929

Außenpolitik mit doppeltem Boden.

Wie es mit dem Patriotismus, mit der Deutschlands Würde entsprechenden Außenpolitik der Deutschnationalen bestellt ist, dafür gibt es hinreichend Beweise. Man weiß, daß nach dem Kapp-Putsch die „Regierung" der Putschisten nichts Eiligeres zu tun hatte, als die Berliner Botschafter Englands und Frankreichs wissen zu lassen, daß auch sie sich selbstverständlich auf den Boden des Versailler Vertrages stellen würde. Man hat ferner miterlebt, daß die Deutschnationalen, als sie zweimal tatsächlich in der Regierung waren, sogar als Mehrheitspartei, nichts taten, um den außenpolitischen Kurs der deutschen Republik zu ändern, daß sie nichts dergleichen taten, weil sie keinen besseren Kurs zu nennen wußten. Jetzt aber, seit sie sich wieder in der Opposition befinden, arbeiten sie erneut mit ihrem alten demagogischen Geschrei, bezeichnen sie alle diejenigen, die an der Verständigung arbeiten, als Illusionisten und Landesverräter. Diese neuerliche scharfe Opposition der Deutschnationalen gegen die amtliche deutsche Außenpolitik ließ es der „Nationalliberalen Korrespondenz", dem Organ Dr. Stresemanns, angebracht erscheinen, sich mit gewissen Bestrebungen bei den Deutschnationalen zu befassen, die bisher der Oeffentlichkeit nicht bekannt geworden sind. Die Mitteilungen der „Nationalliberalen Korrespondenz", die wir schon im Auszuge wiedergaben, legen klar zutage, daß auf deutschnationaler Seite hinter den Kulissen außenpolitische Manöver im Gange gewesen sind, die eine engste Anlehnung an Frankreich bedeuten, während die Deutschnationale Volkspartei nach außen hin die „Westorientierung" bekanntlich in schärfster Weise ablehnt. Die „Nationall. Korr." nannte als denjenigen, der seit dem Jahre 1926 mit französischen Politikern über die Möglichkeit eines militärischen Zusammengehens Deutschlands und Frankreichs gegen Sowjetrußland verhandelte, einen Mann aus dem engsten Kreise Hugenbergs, den deutschnationalen Abg. Dr.-Ing. h. c. Moritz Klönne, Leiter der Firma August Klönne in Dortmund, Mitglied der Handelskammer Dortmund, des Landeseisenbahnrats Köln und stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Nord-West, der noch im Juni d. Js. im Reichstage eine scharfe Anklagerede gegen das Pariser Sachverständigengutachten hielt. Jedoch kommt es weder auf diese Personalien an, noch darauf, ob die Angaben der „Nationall. Korr." in allen Punkten stimmen — sie werden von Dr. Klönne zum Teil bestritten —, sondern auf die Charakteristik, die die deutschnationale Außenpolitik durch diese Enthüllungen erfährt. Treffend wird diese von der „Nationall. Korr." in den Schlußsätzen ihres sensationellen Artikels wie folgt gekennzeichnet:

„Deutschnationale betreiben eine Außenpolitik mit doppeltem Boden, durch die sie selbst diskreditiert werden und durch die die amtliche Politik des Reiches nicht gefördert wird. Man kann nicht auf der Straße und in den Versammlungen „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen" zwecks Stimmenfang singen lassen und gleichzeitig dem „Erbfeind" ein Militärbündnis antragen. Man kann nicht die sog. Westorientierung der deutschen Politik — die es tatsächlich niemals gegeben hat — als eine erbärmliche Schwachheit in Grund und Boden kritisieren und hintenherum sogar für die Militarisierung dieser westlich orientierten Politik eintreten! Man kann auch nicht über die Preisgabe unserer östlichen Beziehungen durch den Locarno-Vertrag jammern und gleichzeitig diese östlichen Beziehungen in Paris verhökern. Man kann endlich nicht den Anschluß an England fordern und gleichzeitig durch ein Militärbündnis mit Frankreich die militärische Hegemonie Frankreichs in Europa stärken und stabilisieren wollen. Das alles kann man nicht gleichzeitig. Selbst die Kraft des Herrn Hugenberg reicht dazu nicht aus. Natürlich hat Herr Klönne auch seine Gegenforderungen gestellt: Räumung der Rheinlande, Rückgabe der Saar, Widerruf der Kriegsschuldlüge, gewisse Erhöhungen des deutschen Heresstandes, weil wir ja sonst für Frankreich als militärischer Bundesgenosse überhaupt keinen Wert hätten. Die Befreiung der Rheinlande und die Rückgabe des Saargebietes erreichen wir jetzt viel billiger ohne die weitergehenden und viel gefährlicheren phantastischen Pläne des Herrn Klönne und seiner Hintermänner. Daß sich ausgerechnet das militärische Frankreich zum Widerruf der Kriegsschuldlüge und zu einer beachtenswerten Stärkung der deutschen Heeresmacht für den Preis eines Militärbündnisses gegen Sowjetrußland bereitfinden könne, ist eine absolut unbegreifliche Illusion deutschnationaler Politiker, eine geradezu sträfliche Leichtgläubigkeit, die zudem in einem geradezu grotesken Gegensatz zu allem steht, was die deutschnationale Politik sonst über das Streben der französischen Machtpolitik nach dem Rhein und die „überlegene Klugheit der französischen Diplomatie" zu sagen weiß. Man faßt sich an die Stirne und sucht vergebens nach einer Klärung dieser schreienden Gegensätze und Widersprüche."

Der Abg. Klönne ist anscheinend nur einer von mehreren, denn das Organ des Außenministers erklärt sich von vornherein bereit, „die Unterhaltung über Pariser und sonstige Gespräche fortzuführen, zum Beispiel etwa über gewisse Verhandlungen des Generalleutnants von der Lippe" und „Der Jungdeutsche" stellt einige einschlägige Fragen. Er veröffentlicht einen Artikel, der neue Einzelheiten über die Beziehungen bringt, die deutschnationale Politiker und diesmal auch der „Stahlhelm" mit gewissen Kreisen in Frankreich angeknüpft haben. Der Verfasser, August Abel, die rechte Hand des Jungdeutschen-Führers Mahraun, erinnert zunächst an die Besprechungen in Paris im Frühjahr dieses Jahres zwischen dem deutschnationalen Landbundführer v. Wilmowski und dem Führer des französischen Landbundes Lucien Romier. Er erzählt dann weiter, wie ihm, als er vor wenigen Wochen in Paris war, aus französischen Frontkämpferkreisen, „von Menschen, die man als ehrlich und zuverlässig bei anderer Gelegenheit kennengelernt hatte", mitgeteilt wurde, daß der „Stahlhelm" und Geheimrat Hugenberg mit französischen Kreisen Fühlung genommen und diese über ihr „außenpolitisches Programm" unterrichtet haben. Weitere Nachforschungen in dieser Richtung veranlassen jetzt den „Jungdeutschen", folgende drei Fragen an den „Stahlhelm" bzw. Hugenberg zu richten:

„Ist es wahr, daß Herr von Medem, der sich bei dieser Gelegenheit als Außenpolitiker des Stahlhelms selbst bezeichnete, vor gar nicht langer Zeit im Hause des Industriellen Arnold Rechberg mit dem Beauftragten Poincarés, dem Abgeordneten Paul Renauld, verhandelt hat?"

„Ist es wahr, daß Herr Dr. Kriegk als Vertreter des Herrn Geheimrats Hugenberg diesen Verhandlungen im Hause Rechbergs mit Paul Renauld beigewohnt hat?"

„Ist es vor allen Dingen wahr, daß der Beauftragte des Stahlhelms, von Medem, und der Beauftragte Hugenbergs, Dr. Kriegk, den bekannten und im „Jungdeutschen" mehrmals veröffentlichten Bedingungen Rechbergs zugestimmt und dem Vertreter Poincarés gesagt haben, das sei das außenpolitische Programm des Stahlhelms und der Deutschnationalen Volkspartei?"

Zu diesen drei Fragen kommt noch eine vierte: „Ist es wahr, daß Herr General von der Lippe im Sommer dieses Jahres mit Wissen des „Stahlhelm" mit Herrn Arnold Rechberg in Paris gewesen ist, um auf Grundlage der Rechbergschen Bedingungen mit französischen Kreisen zwecks Herbeiführung eines Bündnisses mit Frankreich Fühlung zu nehmen?"

Man würde von all diesen Verhandlungen dieser durch und durch „nationalen" Männer durchaus kein Aufhebens machen, wenn sie nicht, wie gesagt, zu der Partei gehörten, die stets das Wort „Erbfeind" im Munde führen und jeden deutschen Politiker, der zum Verständigungswillen mit Frankreich neigt, einen Vaterlandsverräter nennen. Es soll keinem Deutschen verwehrt sein, im deutschen Interesse persönliche Beziehungen so weit wie möglich auszunutzen. Je mehr geistige Fäden zwischen Franzosen und Deutschen hin und her laufen, desto besser ist es für beide Völker. Wenn aber deutschnationale Führer die amtliche Reichsaußenpolitik in Grund und Boden verdammen, selbst aber zweifelhafte Unterredungen mit französischen Außenpolitikern haben, so muß man doch sagen, daß ein solches Verhalten mit politischer Reinlichkeit nicht mehr ganz in Einklang zu bringen ist. Die Herren müssen sich in Acht nehmen, daß sie nicht auf Grund des § 4 des Volksbegehrens auf die Anklagebank kommen.

Die Antworten auf peinliche Fragen.

Dr. Klönne gegen Dr. Stresemann.

:: **Berlin,** 21. Sept. Reichstagsabgeordneter Dr. Klönne teilt mit: „Die „Nationalliberale Correspondenz", das amtliche Sprachorgan der Partei des Herrn Reichsaußenministers, brachte unter dem 21. September Mitteilungen über Verhandlungen deutschnationaler Herren, bei denen ich genannt werde und die ich nicht unwidersprochen lassen will. In dem angezogenen Artikel sind Wahrheit und Dichtung in erstaunlicher Weise gemischt. Es ist richtig, daß ich (nicht 1926, sondern 1927) in London Unterhaltungen mit führenden englischen Politikern gepflogen habe, die die Entwicklung Europas und besonders die deutsche Sache betrafen. Bei diesen Gesprächen, bei denen ich meine Stellung als Privatmann, der ohne Auftrag der Regierung oder seiner Partei nur seine eigene Meinung zum Ausdruck brächte, ausdrücklich betonte, führte ich etwa aus, daß Deutschland für eine deutsch-englisch-französische Zusammenarbeit nur dann in Frage käme, wenn wenigstens die elementarsten deutschen Forderungen erfüllt würden. Als solche nannte ich nicht nur, wie die „Nationalliberale Correspondenz" richtig ausführt Räumung der Rheinlande und Rückgabe der Saar, Widerruf der Kriegsschuldlüge" (und zwar durch den ehemaligen Feindbund), „gewisse Erhöhung des deutschen Heeresstandes", sondern — und das vergißt die „Nationalliberale Correspondenz" bezeichnenderweise — in erster Linie die unbedingte Rückgabe des Weichselkorridors, volle Wiederherstellung der deutschen Souveränität und eine Revision des Dawes-Planes in dem Umfang, daß Deutschland höchstens die Hälfte der festen Dawes-Annuität zu zahlen hätte." Es versteht sich von selbst, daß ich das Auswärtige Amt über diese Unterhaltungen, obwohl sie rein privater Natur waren, alsbald unterrichtet habe. Den französischen General, der aus seiner Tätigkeit im Zusammenhang mit Fragen der Entwaffnung Deutschlands wohlbekannt ist, offenbar General Walch, kenne ich nicht, kann also mit seiner Demarche nicht in Verbindung gebracht werden. Alle darüber gemachten Ausführungen sind unrichtig. . . . . Dagegen habe ich mit französischen politischen Persönlichkeiten im Winter 1927-28 in Berlin Unterhaltungen ähnlicher Art wie vorher in London gepflogen, wobei ich nach meiner Auffassung über die Rechbergschen Pläne befragt wurde und dieselben Forderungen wie in London vertrat. Ich glaube nicht, daß irgendjemand das Recht hat, derartige Unterhaltungen Angebote zu nennen. Im Frühjahr 1928, ebenso wie 1929 war ich nicht in Paris. Die hieran geknüpften Bemerkungen sind ebenfalls frei erfunden. Dagegen habe ich während der Pariser Verhandlungen über den Youngplan den Besuch französischer Politiker gehabt, wobei über den Youngplan selber gesprochen wurde. Auch hier war von Angeboten von einer der beiden Seiten nicht die Rede. Auch in diesem Fall habe ich das Auswärtige Amt unverzüglich unterrichtet. In wie objektivem Sinne dies geschah, darüber mögen die betreffenden Herren des Auswärtigen Amtes Auskunft geben. Ich erlaube mir, die Frage zu stellen: Läßt sich der Herr Reichsaußenminister von den Herren des Auswärtigen Amtes über Dinge, die er jetzt offenbar für sehr wichtig hält, nicht unterrichten, oder duldet er es, daß in dem Blatte, das anerkanntermaßen seine Politik vertritt, grobe Irreführungen über Abgeordnete verbreitet werden? Im übrigen bin ich der Meinung, daß eine Außenpolitik in den von mir skizzierten Rahmen, in dem die deutschen Lebensnotwendigkeiten in den Vordergrund gestellt werden, den Anschauungen und Forderungen des nationalen Deutschland entspricht. Die sogenannte Verständigungspolitik des gegenwärtigen Herrn Reichsaußenministers kann ich allerdings nur Unterwerfungspolitik nennen. Solange freilich unsere ehemaligen Gegner die Chance haben, mit dem amtlichen Deutschland eine derartige Politik zu machen, werden sie zu einer ehrlichen Verständigungspolitik nicht bereit sein. gez. Dr. Klönne."

★

Unterhaltungen beim Tee.

Berlin, 21. Sept. Eine an das Wolffbüro gegebene Erklärung sagt, daß Ende April dieses Jahres in der Wohnung des Generals von der Lippe anläßlich einer Tee-Einladung in Anwesenheit mehrerer anderer Herren, darunter Rechbergs, eine Besprechung stattgefunden hat, in der Freiherr v. Medem und Dr. Kriegk in selbstverständlicher Ausübung ihres journalistischen Berufs sich über die politischen Anschauungen Renaulds unterhalten haben. Es sei nicht wahr, daß die beiden Genannten in irgendeiner Form beauftragt waren oder sich als Beauftragte bezeichnet hätten. Es sei ebensowenig wahr, daß sie irgendwelchen Bedingungen Renaulds zustimmten. Renauld habe in dieser Unterredung das Programm einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich mit weitgehenden politischen und militärischen Angeboten entwickelt. Er habe aber durchblicken lassen, daß er seine persönliche Ansicht und nicht ein offizielles Angebot der französischen Regierung vertrete. Die Feststellung, in wieweit die damals in Berlin vielfach verbreiteten angeblichen französischen Angebote wirklich von der französischen Regierung vertreten würden, sei der Zweck dieser informatorischen Besprechung gewesen. Diese Feststellung sei absolut negativ gewesen. Darauf sei Herrn Renauld von den beiden Genannten erklärt worden, daß diese Angebote vom nationalpolitischen deutschen Standpunkt aus nicht ausreichend seien.

★

Rechbergs Absichten.

Berlin, 21. Sept. Arnold Rechberg veröffentlicht im Anschluß an die Mitteilungen der National-Liberalen Korrespondenz eine Erklärung, in der es heißt:

„Ich bin von Anfang an der Ansicht gewesen, daß eine für die Zukunft unseres Vaterlandes so entscheidende Frage wie die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, von welcher die Befriedigung Europas abhängt, der Parteipolitik entzogen werden müsse. Ich bin daher von vorneherein bestrebt gewesen, sowohl den deutschen Rechtsparteien angehörige Politiker und Wirtschaftsführer, darunter auch den Herrn Abg. Dr. Klönne, an meinen Verhandlungen mit französischen Staatsmännern zu beteiligen, als auch solche, welche den Parteien der Mitte und den Linksparteien angehören. Meine Verhandlungen mit französischen Staatsmännern beruhen auf der Grundlage einer zu verwirklichenden intimen industriellen, militärischen und politischen Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich. Die deutsch-französische Interessengemeinschaft soll sich gegen keine dritte Macht richten. Es soll insbesondere England der Eintritt in diese Interessengemeinschaft offengehalten werden. Ich habe denn auch mit Wissen meiner deutschen und französischen Freunde englische Staatsmänner über die Entwicklung der Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten und deren Billigung gefunden. Ich meinerseits habe über die Verhandlungen loyalerweise noch in diesem Frühjahr den deutschen Botschafter in Paris, Herrn v. Hösch, eingehend informiert, der mir erklärt hat, er werde meine Mitteilungen an das deutsche Auswärtige Amt weitergeben."

★

Eine Erklärung des Generals von der Lippe.

— **Berlin,** 21. Sept. Generalleutnant a. D. von der Lippe teilt mit: „Bezugnehmend auf die von Ihnen wiedergegebene Veröffentlichung der „Nationalliberalen Correspondenz" stelle ich fest: Ich habe über meine Pariser Unterredungen mit französischen und englischen Staatsmännern nicht nur gemeinsam mit Herrn Arnold Rechberg den deutschen Botschafter in Paris, von Hoesch, eingehend informiert, sondern nach meiner Rückkehr in Berlin auch den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Herrn von Schubert. Auch habe ich mich vor meiner Abreise nach Paris der Zustimmung deutscher offizieller Persönlichkeiten und führender Politiker zu meinen Absichten vergewissert. Ich darf Sie bitten, diese meine Erklärung zu veröffentlichen.

gez. von der Lippe, Generalleutnant a. D."

Politische Zusammenstöße in Berlin.

Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels festgenommen.

:: **Berlin,** 22. Sept. Bei einem Propagandaumzug, den die Nationalsozialisten heute mittag durch Neukölln und durch den Südosten der Stadt veranstalteten, kam es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen zwischen den Teilnehmern und politisch Andersdenkenden, bei denen die Polizei eingreifen und Feststellungen vornehmen mußte. Als der Zug die Luisenbrücke passierte und dort ein Gedränge entstand, fielen mehrere Schüsse, durch die aber niemand verletzt wurde. Die Polizei nahm neun Angreifer fest. Bei einem von ihnen fand man eine Schreckschußpistole, aus der, wie festgestellt, zwei Schüsse abgegeben worden waren. Auf dem Spreewaldplatz am Görlitzer Bahnhof wurde ein Privatkraftwagen, in dem der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels und vier andere Nationalsozialisten saßen, von Andersdenkenden angehalten. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen wurden auf beiden Seiten mehrere Schüsse abgefeuert. Die Polizei nahm den Abgeordneten Dr. Goebbels und die übrigen Insassen des Autos fest und führte sie der Abteilung IA des Polizeipräsidiums zu. In dem Auto fand man eine Pistole und mehrere Hülsen. Der Chauffeur des Wagens hatte einen Streifschuß am Halse erhalten.

Auch an verschiedenen anderen Stellen der Stadt kam es im Verlaufe des Sonntags zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen verschiedener politischer Richtungen. Die Polizei mußte wiederholt eingreifen und Beteiligte festnehmen. Gestern abend waren in Schöneberg 80 Kommunisten, die teilweise die Uniform des verbotenen Rot-Frontkämpferbundes trugen und verbotene Lieder gesungen hatten, festgenommen worden. Bis heute nachmittag wurden außer diesen 80 Kommunisten im Ganzen 1 Ruhestörer dem Polizeipräsidium zugeführt.

★

Wieder freigelassen.

:: **Berlin,** 22. Sept. Um 7.00 Uhr abends wurde der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels und die übrigen vier Insassen seines Autos wieder freigelassen. Wie festgestellt wurde, war das Auto, in dem Dr. Goebbels und seine Parteifreunde saßen, von politisch Andersdenkenden stark bedrängt worden, worauf einer der Insassen des Wagens Schüsse aus einer Schreckschußpistole abgab. Auf dem Untergrundbahnhof Friedrichstadt wurde der Redakteur Ullrich Salingré von Nationalsozialisten verprügelt. Er erlitt leichte Verletzungen am Kopf. Zwei Nationalsozialisten wurden als Hauptbeteiligte zwangsgestellt. Von den im Laufe des Sonntags Festgenommenen befinden sich noch 15 im Polizeipräsidium, doch ist auch mit ihrer Freilassung zu rechnen.

Kommerzienrat Röchling zur Saarfrage.

— **Paris,** 21. Sept. Der „Intransigeant" veröffentlicht Erklärungen, die Kommerzienrat Dr. Hermann Röchling dem Sonderkorrespondenten des Blattes Jean Thouvenin gegenüber abgegeben hat. Danach hat Kommerzienrat Röchling u. a. gesagt: Wir waren sehr gute Freunde der Franzosen, wir haben stets Beziehungen mit den Franzosen unterhalten, und wir wünschen, wieder die guten Freunde der Franzosen zu werden. Das aber ist nur unter einer Bedingungen möglich, daß die Franzosen sofort das Saargebiet verlassen. Wir können uns sehr schön verständigen, aber man muß das Saarland befreien. Der nationale Gedanke ist so stark, daß wir die Annäherung der Völker nur durch die Völker ohne Rücksicht auf die Einzelperson verwirklichen können.

Auf den Einwurf, „man könnte sich vielleicht über die Schaffung einer internationalen Gesellschaft mit ständiger Beteiligung an den Saargruben bei den Verhandlungen verständigen", antwortete Kommerzienrat Röchling: Niemals werden wir einwilligen, über eine Abkommen zu verhandeln, das nicht die wesentliche Klausel zur Grundlage hat, daß die Saargruben ihren früheren Besitzern zurückgegeben werden, also dem preußischen und dem bayerischen Staat. Frankreich muß jede Hoffnung aufgeben, daß die Saargruben ihm etwa als Dominialgruben zufallen; wir wollen sie dem französischen Staat wegnehmen, um ihm jede Versuchung für die Zukunft zu ersparen.

Auf die Frage des Korrespondenten: „Sie lehnen natürlich jeden Gedanken der Schaffung eines autonomen Saarstaates ab?" antwortete Röchling: Ich

bin vollkommen gegen die kleinen Staaten; die kleinen autonomen Staaten zwischen den großen haben keinen Sinn. Ich bin für die Beseitigung jeder Zollschranke an der Saargrenze und für eine Politik des Freihandels.

★

Saarbesprechungen in Heidelberg.

+ **Berlin,** 21. Sept. Am Montag findet auf Einladung des Auswärtigen Amtes in Heidelberg eine Sitzung des Saarausschusses mit den Vertretern der Reichs- und Länderministerien unter Anwesenheit des Führers der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Saarverhandlungen, des Staatssekretärs z. D. von Simson, statt. Gegenstand der Beratung ist eine Aussprache über die bevorstehenden deutsch-französischen Verhandlungen und der Beteiligung der Saar an diesen Verhandlungen. Die deutsche Delegation wird bei diesen Verhandlungen zum ersten Male vollständig versammelt sein und eine Ergänzung durch Vertreter der Gewerkschaften und des Wirtschaftslebens im Saargebiet erfahren.

Die Vertragsverhandlungen mit der evangelischen Kirche.

• **Berlin,** 21. Sept. In jüngster Zeit häufen sich die Meldungen, wonach die Verhandlunneg zwischen der preußischen Staatsregierung und der evangelischen Kirche einen günstigen Verlauf nehmen und so rasch fortschreiten, daß mit einem Abschluß des Vertrages schon im Herbst dieses Jahres zu rechnen sei. Wie der evangelische Pressedienst auf Anfrage erklärt, stehen die amtlichen kirchlichen Steen diesen Veröffentlichungen völlig fern. Wie ein bekannter kirchlicher Führer unlängst festgestellt hat, ist bis heute nichts weiter bekannt geworden, als daß die Verhandlungen zwischen Staatsregierung und Kirchenleitung in Gang gekommen sind. „Zu welchem Ergebnis die Besprechungen führen werden, weiß niemand. Zu irgendwelchem Optimismus liegt nicht der geringste Anlaß vor."

Der unerfreuliche Gast.

(:) **München,** 21. Sept. General Ludendorff gibt seit einiger Zeit ein Wochenblättchen „Ludendorffs Volkswart" heraus, in dem er besonders die katholische Kirche zum Ziele seiner Angriffe macht, da er ihr die Hauptschuld am Scheitern seiner bayerischen Putschpläne von 1923 zuschreibt. Hierauf antwortet der „Bayerische Kurier" mit der unverblümten Aufforderung an Ludendorff und seine Frau, Bayern zu verlassen. Er schreibt: „Was sich Erich und Mathilde Ludendorff unter dem Motto „Deutsch" an Schmähungen Roms und der katholischen Kirche, ihrer Lehren und Einrichtungen leisten, was sich die beiden Ludendorff an Schmähungen der Ehre des Nächsten, an kecken Unwahrheiten, an Ignorierung sachlicher Richtigstellungen, an Vergewaltigungen und Entstellungen geschichtlicher Tatsachen erlauben, ist mit dem Ausdruck Ludendorff-Skandal wohl nicht zu scharf gekennzeichnet. Der Umstand, daß „Ludendorffs Volkswart" jede Woche sich in dieser Weise übt, gestaltet die ganze Angelegenheit zu einer chronischen systematischen Störung und Belästigung eines weit über die katholischen Kreise hinausgehenden Volksteils, die sich von seiten eines Münchener Gastes doppelt unfaßlich und auf die Dauer untragbar auswirkt."

General Guilleaumat über die Rheinlandräumung.

Paris, 22. Sept. Der Oberkommandierende der französischen Besatzungstruppen im Rheinland, General Guilleaumat, hat einem Sonderberichterstatter des „Journal" erklärt: Wir haben offiziell mit der Räumung der zweiten Besatzungszone begonnen. In Wirklichkeit aber ist noch nichts getan, als daß wir die Kisten vernagelten. Das ist alles. Die phantastischsten Nachrichten sind, wie ich weiß, in Frankreich in Umlauf. Man hat sogar gemeldet, daß Regimenter, die niemals im Rheinland gestanden haben, die Grenze passiert hätten. Einige Quartiermacher sind wohl bereits zurückgereist, aber nur, um die Kasernen für die Aufnahme der Truppen, die Deutschland verlassen sollen, vorzubereiten. Die regulären Abteilungen werden erst in einiger Zeit, und zwar progressiv, abtransportiert werden. Die Interalliierte Rheinlandskommission wird nach Wiesbaden verlegt werden, sobald man sie dort unterbringen kann. Wiesbaden, in der dritten Zone gelegen, ist vorläufig noch von den Engländern besetzt. Unsere Verwaltungsstellen werden gleichfalls in die dritte Zone verlegt werden. Wenn wir auf die Linie Trier-Mainz-Wiesbaden zurückgegangen sind, wird die französische Fahne in Koblenz heruntergeholt werden. Aber man darf nicht damit rechnen, daß dies vor Ende September geschehen wird. Im nächsten Jahre wird die Räumung der dritten Zone erfolgen. General Guilleaumat knüpfte an diese Bemerkung die Worte: „Das Rheinland wird erst dann ermessen, was es an den Besatzungstruppen verliert."

Pilsudski schimpft schon wieder.

:: **Warschau,** 21. Sept. Mehrere polnische Zeitungen werden morgen einen Artikel des Marschalls Pilsudski über die gegenwärtige politische Lage veröffentlichen. In diesem Aufsatz erzählt der Marschall, daß im Juni dieses Jahres der der Sozialistischen Partei angehörige Sejmmarschall Daszynski ihn besuchte und ihm einen langen Vortrag über die verzweifelte Finanz- und Wirtschaftslage gehalten habe. Daszynski habe dann darauf hingewiesen, daß zahlreiche seiner Parteigenossen, die bisher regierungsfeindlich gesinnt waren, der fruchtbaren Opposition müde seien; eine ähnliche Evolution sei in der Bauernpartei Wyzwolenie zu beobachten. Hieraus ergäbe sich nach Daszynskis Auffassung die Möglichkeit, aus dem Regierungsblock der Sozialisten und der Wyzwolenie eine feste parlamentarische Mehrheit zu schaffen. Er (Pilsudski) habe Daszynski geantwortet, daß er diese Mitteilung dem Ministerpräsidenten Switalski als der zuständigen Persönlichkeit weitergeben werde, was er denn auch getan habe. Nach der politischen Sommerstille habe er sich dann gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten entschlossen, nun seinerseits die Offensive zu ergreifen und in inoffiziellen Unterredungen festzustellen, ob der von Daszynski angekündigte Meinungsumschwung die Grundlage zu irgendwelchen sachlichen Diskussionen biete. Als wichtigste Aufgabe in dem gegenwärtigen Zeitpunkt sei ihm erschienen, die Diskussion über den Staatshaushalt sachlicher zu gestalten. Er sei nämlich der Auffassung, daß das polnische Budget etwas lockerer gestaltet werden müsse, da es sonst ein Hindernis für jeden Fortschritt werde

Der Marschall erklärt weiter, daß er gelegentlich dieser Konferenz auch feststellen wollte, ob ein Abgeordneter und sein Arbeitsplan auch die Möglichkeit böten, ein so wichtiges Problem wie das budgetäre sachlich zu besprechen. Seiner Auffassung nach werde Polen am wirksamsten von den Herren Sejmabgeordneten kompromittiert, die die Welt in der Meinung bestärkt hätten, daß die Polen als Nation unfähig seien, sich zu regieren, da sie nichts anderes als „polnische Wirtschaft" trieben und aus sich selbst den sogenannten „Saisonstaat" machten.

Aus den unklaren Worten, die er von Abgeordneten erhalten habe, ergebe sich der Eindruck einer Ablehnung der Initiative. Wenn sein Versuch, die Möglichkeit einer sachlichen Diskussion zu schaffen, scheitern sollte, so würde sich neuerdings die Wahrheit von der Abgeordneten-Sch.... krankheit im großen Umfange bestätigen. Zum Glück seien aber diese stets mit Kanapeefragen beschäftigten Sejmabgeordneten Vertreter einer verlöschenden Welt. Ihr Vorgehen beweise nur, wie richtig diese Diagnose sei; es gebe nämlich verlöschende Lichter und aufgehende Sonnen, und das Zeichen des Verlöschens sei stets das Ersterben des Inhalts und das Anwachsen der Form. Durch Affengrimassen und Hampelmannbewegungen kompromittierten sie oft das, was sie aufrechterhalten wollten, was aber sterben müsse.

Marschall Pilsudski schließt seinen Aufsatz mit einer offenbar beziehungsvoll gemeinten Analogie zwischen den griechischen Göttern und den römischen Helden in der heroischen Zeit und in der Verfallszeit und mit der Beschreibung einer Szene aus der Schönen Helena von Offenbach unter Zitierung eines Verschens aus diesem Stück.

Oesterreich vor ernsten Entscheidungen.

Schober Nachfolger von Streeruwitz?

▲ **Wien,** 21. Sept. Von christlich-sozialer Seite wird mitgeteilt, daß nach Wiederzusammentritt des Nationalrates mit einem Rücktritt der Regierung Streeruwitz zu rechnen ist. Streeruwitz wird noch die von der Regierung ausgearbeitete Verfassungsänderung vor dem Nationalrat vertreten, dann aber die Durchsetzung der Vorlage auf parlamentarischem Boden einem andern überlassen. Polizeipräsident Schober wird als Nachfolger von Streeruwitz genannt.

★

Streeruwitz über innerpolitische Fragen.

O **Wien,** 21. Sept. In seiner Rede auf der stark besuchten Tagung des niederösterreichischen Bauernbundes sprach Bundeskanzler Streeruwitz, stürmisch begrüßt, zunächst über die Bedeutung der Bauernschaft für den Staat und über die verschiedenen schon getroffenen und in Aussicht genommenen Regierungsmaßnahmen zur Linderung der Not der österreichischen Agrarier. Aber ein ist nötig, fuhr Streeruwitz fort, nämlich Ordnung und Frieden im Lande. Wenn aber Unzufriedenheit im Volke entsteht, weil die im Zeichen des Zusammenbruches geschaffenen staatsbürgerlichen Einrichtungen nicht mehr entsprechen, dann muß auch an diese Reformen herangegangen werden. Dies ist nicht nur Inhalt des politischen Kampfrufes einzelner Menschen und Gruppen, sondern sie kommen aus der Tiefe des Volkswillens. Die Regierung beschäftigt sich in erster und dringender Weise mit den Fragen der Verfassungsreform und sie wird schon kommende Woche mit diesbezüglichen Vorlagen und Anträgen auf dem hierzu bestimmten parlamentarischen Boden hervortreten. Auch in Kreisen, welche wirtschaftliche Maßnahmen in die vorderste Reihe stellen, setzt sich mit Recht die Meinung durch, daß die Ordnung unseres bürgerlichen Lebens auf Grund einer den Zeitverhältnissen von heute angepaßten Verfassung zu den Voraussetzungen einer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung gehört. Zu diesem Werk brauchen wir die Hilfe und Unterstützung der Bauernschaft, welche treu ist ihrer Scholle und ihrer Denkungsart, welche abwehrbereit ist gegen jeden unrechtmäßigen Angriff, aber auch abgeneigt allen Abenteuern.

Nachdem sich der stürmische Beifall, mit dem die Erklärungen Streeruwitz aufgenommen wurden, gelegt hatte, dankte der Vorsitzende, Präsident Reither, dem Bundeskanzler für seine Ausführungen und versicherte ihm erneut des Vertrauens der Bauernschaft.

★

Eine Entschließung des christlich-sozialen Wiener Parteirats.

• **Wien,** 21. Sept. Der Wiener Christlich-Soziale Parteirat hat heute über die politische Lage eine Entschließung gefaßt, in der die sofortige Durchführung der Verfassungsrevision unter Vermeidung der Gefahren eines auf die Spitze getriebenen Parlamentarismus gefordert und erklärt wird, die Front gegen die österreichische Sozialdemokratie möge alle Kräfte im Volke, die auf Festigung des ganzen Gefüges hinarbeiten, vereinigen. Im Kampf für diese Ziele verdiene die Heimwehrbewegung volle Unterstützung. Schließlich wird die Solidarität der Partei mit der christlichen Arbeiterschaft und ihren Organisationen zum Ausdruck gebracht.

★

Beschlußfassung der Vorarlberger christlich-sozialen Parteileitung.

= **Bregenz,** 21. Sept. Die christlich-soziale Landesparteileitung veröffentlicht eine Entschließung, in der es heißt, der Vorarlberger Heimatdienst sei satzungsgemäß in seiner Aufgabe auf das Land Vorarlberg beschränkt. Sollte die Bundesleitung der österreichischen Heimatwehr einen Ruf an die Vorarlberger ergehen lassen, in anderen Ländern des Bundesgebiets Hilfsdienste zu leisten, so könnte der Landeshauptmann zu diesem Zweck den Heimatdienst nicht aufbieten. Jedem Mitglied des Heimatdienstes stände es aber selbstverständlich frei, einem solchen Ruf freiwillig zu folgen. Es sei zu hoffen, daß das Parlament eine befriedigende Verfassungsänderung zustande bringt. Wir Vorarlberger, heißt es weiter, haben kein Verständnis für eine marxistische Diktatur, ebensowenig aber sehnen wir uns danach, die Vorarlberger Freiheit einer Rechtsdiktatur zu opfern. Wir schätzen die Freiheit unseres Landtages, wir schätzen auch unsere politischen Führer und lehnen es ab, Vorwürfe in Bezug auf ihre Person gelten zu lassen, wie sie in der letzten Zeit vielfach in Bausch und Bogen gegen die Volksvertreter erhoben wurden.

★

Kundgebung des Wiener Heimatverbandes.

+ **Wien,** 21. Sept. Die von dem Wiener Heimatverband für heute nachmittag auf dem Heldenplatz vor der Hofburg einberufene Massenversammlung ist ohne jeden Zwischenfall und ohne jede Störung verlaufen. In seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ansprache bezeichnete Bundesführer Dr. Steidle einleitend die im Ausland verbreiteten Gerüchte als einen Versuch der Gegner, den Kampf, der ihnen im Innern aussichtslos erschien, von außen her zu führen. Er wandte sich dann gegen das Klassenprogramm der österreichischen Sozialdemokraten, das jede Verständigung abschließe. Wenn wir den bolschewistischen Seuchenherd in Mitteleuropa austilgen, sagte er, so wird das Ausland nicht nur nichts dagegen haben, sondern uns hierfür noch danken. Der Vorwurf, daß die Heimwehren den Bürgerkrieg predigen, sei nur ein Ausfluß des schlechten Gewissens der Gegner. Denn die Heimwehr tue nichts anderes, als daß sie die Mittel der Demokratie benutze und sich auf den Willen jenes Teils des Volkes stütze, der sich von der Partei freigemacht und überparteilich organisiert habe, um einen Druck auf die übermäßig parteilich eingestellten Politiker auszuüben. Steidle entwickelte weiter in kurzen Leitsätzen das Programm der Heimwehr, die sich zum Ziel gesetzt habe, den heutigen Parteistaat zu einem Volks- und Autoritätsstaat, weiter zu einer wahren Volksgemeinschaft zu entwickeln, in der ohne jeden Klassenkampf und in vollem sozialen Frieden die ganze Bevölkerung einig zum Wohle des Ganzen arbeiten könne.

★

Fortschreitende Entspannung.

+ **Wien,** 21. Sept. Die heutigen Mittags- und Abendblätter stellen ein weiteres Fortschreiten der politischen Entspannung fest. Das „Neue Wiener Abendblatt" meint: Jeden Tag melden sich neue unanfechtbare Zeugen für die ungestörte Ordnung und den gesicherten Fortgang des Wirtschaftslebens in Wien und Oesterreich. Ein Bürgerkrieg war nie in Sicht. Sensationshungrige haben die Vorkommnisse aufgebauscht. — Der linksstehende „Abend" stellt fest, daß die Ruhe nirgends gestört wurde und das Leben in Stadt und Land seinen normalen Gang geht. — Das christliche „Neuigkeits-Weltblatt" sagt: Jene, die auf politische Ueberraschungen warten, werden eine große Enttäuschung erleben. Die Entscheidungen werden im Parlament fallen.

England und das Irakgebiet.

:: **London,** 21. Sept. Der „Daily Telegraph" bemerkt an leitender Stelle zu der Entscheidung der britischen Regierung, den Antrag des Irakgebietes auf Zulassung zum Völkerbund im Jahre 1932 zu unterstützen, daß dies keine Aenderung der vorgesehenen Politik bedeute. Dies ergebe sich aus dem Artikel 8 des Vertrages zwischen Großbritannien und dem Irakgebiet, der im September 1927 unterzeichnet worden sei und in dem ausdrücklich auf die Möglichkeit einer solchen Anerkennung im Jahre 1932 hingewiesen sei. Im übrigen meint das Blatt, daß jede britische Regierung selbstverständlich Wert darauf legen werde, daß die englischen Interessen im Irak weiterhin stark gewahrt würden. Das Blatt spielt dabei auf die Luftwege nach Indien an. Auch die „Times" weist auf die Bedeutung des Luftweges für England hin und drückt die Hoffnung aus, daß der kommende Vertrag den besonderen Interessen Englands Rechnung tragen werde. Die Anerkennung dieser wichtigen Interessen sei nur eine Gegenleistung des Irakgebietes, für dessen wirtschaftliche Entwicklung England so große Summen geopfert habe.

Kleine politische Nachrichten.

Verschiebung der deutsch-französischen Zusammenkunft.

— **Berlin,** 21. Sept. Die für Mitte Oktober in Berlin vorgesehene Zusammenkunft deutscher und französischer Katholiken sind auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, da die französischen Referenten an dem festgesetzten Tage verhindert sind. Der

Die Krisis im tschechoslowakischen Kabinett.

)) **Prag,** 21. Sept. In den zur Beilegung der Regierungskrise geführten Verhandlungen ist es bisher nicht gelungen, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen. Der Klub der Abgeordneten und Senatoren der tschechischen Volkspartei ist für Dienstag nach Prag einberufen. Ministerpräsident Udrzal ist heute abend nach Topolcany, dem Sommersitz des Präsidenten Masaryk, abgereist, um diesen über die politische Lage zu informieren.

Eingehen einer faschisten-freundlichen kath. Zeitung.

!! **Rom,** 21. Sept. Der katholische Corriere d'Italia, der zuletzt das Organ jener Katholiken war, die den Faschismus anerkannt haben, hat sein Erscheinen eingestellt.

Russisch-chinesische Scharmützel.

)(**Moskau,** 22. Sept. Nach einer Meldung aus Tschita zerschlugen Sowjettruppen bei Nertschinsk an der chinesischen Grenze am 20. September eine aus der Mandschurei eingedrungene weißgardistische Bande, die elf Tote zurückließ. Bei Mandschuria und Pogranitschnaja wurden Sowjetgrenzwachen am Freitag und Sonnabend wiederum von chinesischen Truppen beschossen, die an einigen Stellen in das Sowjetgebiet eingedrungen waren.

Der Konstrukteur der „Dicken Bertha" gestorben.

:: **Bochum,** 22. Sept. Im 78. Lebensjahre verschied das frühere Mitglied des Kruppdirektoriums, Major a. D. Dr.-Ing. e. h. Max Dreger.

Dreger war seit 1895 Mitglied des Kruppdirektoriums und erwarb sich besondere Verdienste durch Förderung neuer Geschützkonstruktionen für Heer und Flotte. Von ihm ging auch die Anregung zur Konstruktion des 42 cm-Mörsers, der „Dicken Bertha", aus.

Riesenfeuer in der Celler Artilleriekaserne.

Der Dachstuhl in 200 Meter Länge heruntergebrannt.

+ **Celle,** 21. Sept. Samstag morgen gegen 3 Uhr brach in einem Flügel der alten Artilleriekaserne im Dachstuhl ein Brand aus, dem innerhalb von zwei Stunden der obere Teil des Gebäudes in einer Ausdehnung von 200 Metern zum Opfer fiel. Bei den Löscharbeiten stürzte plötzlich eine Decke ein, die zwei Reichswehrsoldaten unter ihren Trümmern begrub. Die Verletzten wurden dem Krankenhaus zugeführt. Die Kaserne wurde unter dem König Ernst August von Hannover für die Cambridge-Dragoner erbaut und wurde nach 1866 Artilleriekaserne. Später hatte sie längere Zeit den Schornherstern und de 46igern gedient. Belegt war sie zur Zeit mit 50 Mann und 20 Pferden. Außerdem wohnten dort acht Familien.

Das Urteil im Banderolenfälschungsprozeß.

() **Berlin,** 21. Sept. In dem großen Banderolenfälschungsprozeß, der seit dem 12. August gegen 27 Angeklagte das Große Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte, verkündete am Sonnabend nachmittag Landgerichtsrat Rosemann das Urteil. Es wurden verurteilt: Benno Band zu einem Jahr vier Monaten und zwei Wochen Gefängnis und 21 000 Mark Geldstrafe, welche Strafen bis auf zwei Wochen Gefängnis und 1000 Mark verbüßt sind, Syré zu vier Monaten Gefängnis, Neumann zu neun Monaten Gefängnis, Emil Lübeck und Burstein zu je sieben Monaten Gefängnis, Adolf Kapusta, Rettmann, Salli Lübeck zu je sechs Monaten Gefängnis, Löser, Löhrke, Apisdorf und Boris Kapusta zu je fünf Monaten Gefängnis, Schützler, Cohn, Löwenthal zu je vier Monaten Gefängnis, Jungermann zu fünf Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von ein bis zwei Monaten oder nur Geldstrafen. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Das Kriegsgerichtsurteil wegen der Jugendkrafttrommler.

● **Berlin,** 21. Sept. Das Urteil des französischen Militärpolizeigerichtes in Landau gegen den katholischen Geistlichen Handrick aus Ludwigshafen am Rhein, das wegen seiner Höhe (ein Monat Gefängnis und 150 Reichsmark Geldstrafe wegen Veranstaltung eines angeblich militärischen Umzuges der Deutschen Jugendkraft) in der deutschen Oeffentlichkeit Entrüstung erregt hat, ist ein Abwesenheitsurteil. Die Abwesenheitsurteile werden durch Einlegung eines Widerspruches hinfällig derart, daß alsdann eine neue Verhandlung vor dem Gericht erster Instanz stattfinden muß. Im Falle des Pfarrers Handrick ist dieser Widerspruch durch Rechtsanwalt Dr. Führ in Landau, der die Verteidigung nunmehr übernommen hat, form- und fristgerecht eingelegt worden. Da der französische Militärstaatsanwalt die Gültigkeit des Widerspruches anerkannt hat, ist das drakonische Urteil bereits als aufgehoben zu betrachten. Man wird erwarten dürfen, daß die demnächstige Gerichtsverhandlung vor dem Militärpolizeigericht zu einer anderen Würdigung des Tatbestandes führen wird.

Die Flugverbindung nach Schweden durch Sturm gestört.

Ein Flugzeug beschädigt.

:: **Stralsund,** 22. Sept. Das in Stralsund stationierte Wasserflugzeug D. 1696 der Deutschen Lufthansa, das die Luftpostverbindung zwischen Stralsund und Stockholm aufrechterhält, konnte infolge Gewitter und Sturm in der vergangenen Nacht nicht starten. Nach einem geglückten Start heute früh um 7,30 Uhr konnte sich das Flugzeug nur eine halbe Stunde in der Luft halten, da Sturm mit 80 bis 90 Stundenkilometer herrschte und mußte wieder landen. Eine Sturmboe riß das festgemachte Flugzeug samt der Boje los und erst am Eingang des Greifswalder Boddens kam es zwischen Steinen fest. Das Flugzeug überschlug sich hier und wurde stark beschädigt. Erst nach geraumer Zeit gelang es dem Bergungsdampfer „Heria" die Maschine abzuschleppen. Die Funkanlage im Flugzeug ist zerstört, der Propeller und die beiden Flügel wurden beschädigt. Das Flugzeug Stockholm—Stralsund mußte im Flughafen Sellin auf Rügen notlanden, da es vor der deutschen Küste in starke Böen geraten war.

Schwerer Unfall beim Zirkusaufrichten

Zwei Tote, neun Verletzte.

= **Schivelbein,** 22. Sept. Am Samstag vormittag sollte auf dem Klosterplatz in Schivelbein das große Zelt des Zirkus Vogt aufgerichtet werden. Beim Hochziehen des großen Masten mit einem Drahtseil wurde ein Stück des sich an der Spitze des Mastes befindlichen Drahtseiles durch den Sturm gegen die Hochspannungsleitung der Ueberlandzentrale (15 000 Volt) getrieben. Schagartig wurden hierdurch die am Seil stehenden elf Personen vom Strom getroffen. Zwei Personen, der aus Berlin stammende 27 Jahre alte Zirkusarbeiter Luley und der 18 Jahre alte Hütejunge Ratz aus Schivelbein, waren auf der Stelle tot. Die übrigen Beteiligten, darunter ein Mädchen, alle vom Zirkus, haben zum Teil recht schwere Brandwunden davongetragen. Vier Personen mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

Aufsehenerregende Wendung im Halsmann-Prozeß.

— **Innsbruck,** 21. Sept. Die Vertagung im Halsmann-Prozeß scheint, wie sich nunmehr herausstellt, einen besonderen Zweck zu haben. Samstag um 4 Uhr früh hat eine Gerichtskommission, bestehend aus dem Staatsanwalt, dem Untersuchungsrichter und einigen Beamten der Tiroler Landespolizei, Innsbruck verlassen und ist in das Zillertal gefahren, wo sie mittags am Tatort eintraf. Es scheinen Anzeichen vorzuliegen, die auf die Möglichkeit eines Vorhandenseins einer dritten Person, die als Täter in Betracht kommen könnte, hinweisen. Der Verteidiger Dr. Peßler erhielt am Samstag früh aus Wien einen Expreßbrief, in dem ihm eine Frau mitteilt, daß der Täter tatsächlich den anonymen Brief, der vor zwei Tagen verlesen wurde, geschrieben habe. Sie hätte mit dem Mann in nahen Beziehungen gestanden und er habe ihr auch den Hergang der Tat erzählt. Daraufhin habe sie mit ihm gebrochen. Nun drücke sie das Gewissen, und sie sei bereit, den Namen des Täters zu nennen, wenn sie nicht wegen Verheimlichung angeklagt und wenn ihr Name nicht in der Oeffentlichkeit bekannt werde. Sie ersuche den Verteidiger, ihr auf dem Wege der Wiener Presse diesbezügliche Mitteilungen zukommen zu lassen. Die in Innsbruck zum Prozeß weilenden Berichterstatter haben mit Rücksicht auf die Ereignisse und besonders im Hinblick auf die heutige Kommission Innsbruck noch nicht verlassen und warten den weiteren Gang der Dinge ab.

Vermischte Nachrichten.

Natürliche Todesursache beim Kriminalassistenten Nowak.

() **Berlin,** 21. Sept. Wie der Polizeipräsident mitteilt, hat die gestern vorgenommene Obduktion der Leiche des am Montag, 16. Sept., verstorbenen Kriminalassistenten Nowak als Todesursache eine chronische Erkrankung der großen Brustschlagader ergeben, die zu einer starken Blutung in den Herzbeutel geführt hat. Irgendwelche Anhaltspunkte für ein fremdes Verschulden am Tode des Nowak sind nicht festgestellt worden.

Schwere Kraftwagenunfälle in Mähren.

+ **Olmütz,** 21. Sept. Bei dem heutigen Nachmittagstraining für das morgen stattfindende Ecce homo-Rennen in Sternberg fuhr ein Bugatti-Rennwagen mit zwei Insassen auf ein hundert Schritt hinter dem Ziel stehendes Motorrad auf und schleifte es mit seinem Fahrer einige Meter über die Straße. Durch die Betätigung der Bremsen wurde der Rennwagen in die Luft geschleudert und fiel mit dem Motorrad auf den Straßenrand nieder. Beide Maschinen wurden vollständig zertrümmert. Die drei Fahrer wurden schwer verletzt ins Krankenhaus nach Sternberg gebracht.

Revision Gartners verworfen.

⚔ **Wien,** 21. Sept. Der Oberste Gerichtshof in Wien hat die Nichtigkeitsbeschwerde des Mörders der ägyptischen Prinzessin Djidji Mouheb, des Rittmeisters a. D. Gartner, verworfen und die die Strafe von zwölf Jahren schweren Kerkers bestätigt.

Wegen Millionenbetruges unter Anklage gesetzt.

:: **London,** 21. Sept. Der Finanzmann Hatry, Leiter eines bedeutenden Konzerns von sieben Gesellschaften, dessen Aktien, wie bereits gemeldet, an der Börse nicht mehr gehandelt werden dürfen, wurde heute mit drei anderen Finanzleuten seiner Gruppe wegen Betruges in Höhe von 209 141 Pfund Sterling unter Anklage gesetzt.